



Beschluss der Regionalkonferenz der SPD-Mittelrhein
am 3. Mai 2018 in Leverkusen

**Wandel aktiv gestalten.
Beschäftigte einbeziehen.
Industrie nachhaltig entwickeln.**

1. Planungssicherheit für schrumpfenden Bergbau schaffen!

Bis erneuerbarer Strom technisch und wirtschaftlich speicherbar ist, hat die Braunkohle eine nationale Bedeutung für eine sichere und bezahlbare Stromversorgung. Wir wollen, dass die Verbrennung der Braunkohle immer weiter zurückgeht - auch um Beiträge zum Klimaschutzabkommen von Paris zu leisten. Dies hat mit Augenmaß und gemeinsam mit den betroffenen Beschäftigten sowie der abhängigen stromintensiven Industrie in der Region zu geschehen. Sinnvoll ist es, Braunkohle zunehmend als Chemierohstoff zu nutzen und nicht zu verbrennen, da dadurch die Wertschöpfung in den genehmigten Abbauflächen planvoll absichern und gleichzeitig CO₂ Emissionen minimiert werden können. Der mit der SPD geschaffene Lehrstuhl für Kohlenstoff-Kreislaufwirtschaft in Niederaußem war der erste wichtige Schritt. Jetzt geht es um Pilot- und großtechnische Anlagen, die ins Rheinische Revier gehören, da hiermit auch eine stoffliche Wiederverwendung von Kunststoffen im Verbund mit dem Kölner Chemiegürtel Wirklichkeit werden kann.

2. Freie Flächen für die Stadt der Zukunft nutzen!

Braunkohlebergbau bedeutet Flächennachteile. Auf 7.600 ha werden Tagebauseen entstehen. Für den anstehenden Verlust von 10.000 bis 20.000 Arbeitsplätzen in den heute 8.700 ha Tagebauflächen gibt keinen adäquaten landesplanerischen Ausgleich gibt. Wir setzen uns für eine neue Gewerbe- und Stadtentwicklung ein, die auch einen Ausgleich zu den Wachstums-Herausforderungen der Rheinschiene schafft. Hierzu schlägt die SPD den Bau der modernsten, smartesten und nachhaltigsten neuen Stadt zwischen Köln, Düsseldorf und Aachen vor.

3. Beste Infrastruktur für Wandel bauen!

Bedingt durch Tagebauseen und Abraumhalden sind Verkehrsachsen verloren gegangen und viele Entwicklungen waren über Jahrzehnte blockiert. Die SPD wird den Wandel der Region mit moderner Infrastruktur bei Straßen, Schiene und Breitband unterstützen.

4. Gezielt in kluge Köpfe investieren!

Heinz Kühn und Johannes Rau haben gezielt Universitäten im Ruhrgebiet gegründet und damit Strukturwandel erfolgreich gestaltet. Im rheinischen Revier gibt es bereits mit den Hochschulen in Köln, Bonn und Aachen sowie dem FZ Jülich eine gute Basis.



Die SPD will Aus- und Neugründungen aus den Hochschulen im Revier fördern. Campus-Strukturen am Virtuellen Kraftwerk in Heppendorf, vernetzte Strukturen zur nachhaltigen Bauwirtschaft im Indeland mit der RWTH Aachen oder der Solarcampus Jülich sind gezielt zu unterstützen und die Bildungsinfrastruktur weiter zu entwickeln.

5. Industriekultur jetzt beginnen!

Der Braunkohlebagger ist das größte mobile Landfahrzeug der Menschheit. Die SPD weiß um die kulturelle und emotionale Dimension des Strukturwandels und hat daher auch Industriekultur an der Ruhr geprägt. Die SPD will jetzt auch einen Beitrag zum Stolz auf die Industriegeschichte im Rheinland ermöglichen und Ansätze zu einer entsprechenden Landmarke der Region unterstützen.

6. Strukturwandel aktiv gestalten statt reaktiv begleiten!

Das Landesprogramm Innovationsregion Rheinisches Revier (IRR) fußt auf der langjährigen Arbeit der SPD Mittelrhein im Rheinischen Revier. Das Programm geht auf eine gemeinsame Initiative von mittelrheinischen SPD Bundestags- und Landtagsabgeordneten zurück. Wir haben den notwendigen Strukturwandel im Rheinischen Revier immer als eine Chance für die gesamte Region begriffen. Allerdings müssen wir auch zur Kenntnis nehmen, dass es den zumeist schwarz-grün regierten Gebietskörperschaften in unserer Region bisher nicht gelungen ist, Kirchturmdenken zu überwinden und die zentralen Anforderungen der Region Partei- und Kommunalgrenzen überschreitend zu formulieren.

Mit der von CDU, CSU und SPD im Bund vorgesehenen Strukturpolitischen Kommission besteht nicht nur die Chance für die jeweiligen Braunkohlereviere eine gemeinsame Strukturpolitik von Bund, Land und Region auf den Weg zu bringen. Vielmehr muss es jetzt darum gehen, in den Braunkohlereviere und damit auch im Rheinischen Revier eine moderne Industriepolitik zu betreiben. In diesem Prozess sieht sich die SPD Mittelrhein erneut als der Motor einer proaktiv gestaltenden Politik. Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, dass auf Bundes- und Landesebene innerhalb der beiden SPD Fraktionen, aber auch in der Partei selbst zügig effektive Arbeitsstrukturen geschaffen werden, die die Arbeit der Strukturpolitischen Kommission mit entsprechenden sozialdemokratischen Initiativen begleiten.

Am 9. Mai 2009 setzte die SPD-Mittelrhein gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) den Startschuss für die Bildung der Innovationsregion Rheinisches Revier (heutige IRR GmbH). Der Arbeitskreis Innovationsregion Rheinisches Revier der SPD-Mittelrhein hat seitdem aktiv an dem Prozess gearbeitet und in der 15. und 16. Landtagswahlperiode Beiträge des Landes zum absehbaren Strukturwandel im Braunkohlenrevier eingefordert. Am 12. November 2016 haben die sozialdemokratischen Bürgermeister aus dem Rheinischen Revier den „Elsdorfer Apell“ mit Forderungen für die 17. Landtagswahlperiode formuliert. Mit Blick auf die nun auf Bundesebene zu bildende Kommission: „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ hat die Regionalkonferenz der SPD-Mittelrhein in Leverkusen die vorgenannten sechs zentralen Forderungen am 3. Mai 2018 in beschlossen. Zur SPD-Region Mittelrhein gehören die Städte Köln, Bonn, Aachen und Leverkusen, die StädteRegion Aachen sowie die Kreise Düren, Euskirchen, Rhein-Sieg, Rhein-Erft, Rhein-Berg, Heinsberg und Oberberg.